Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 800.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 13. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 12. November. Der Kaiser hat geruht: den königlich preußischen Unter-Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Jacobi, zum Direktor im Reichsamt des Innern, und die königlich preußischen Geheimen Ober-Regierungs-Räthe im Ministerium für Handel und Gewerbe, Wendt und Lohmann, den königlich preußischen Geheimen Ober-Bergrath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Freiherrn von der Heyden Rynsch, den königlich preußischen Geheimen Finanz-Rath im Finanz-Ministerium, Schmidt, sowie den königlich preußischen Geheimen Ober-Regierungs-Rath im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten, Rothe, zu vortragenden Räthen im Reichsamt des Innern, sämmtlich für die Dauer der von ihnen zur Zeit im preußischen Staatsdienste bekleideten Aemter zu ernennen.

Der Kaiser hat den außerordentlichen Professor Dr. Althoff in Straßburg zum ordentlichen Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg zu ernennen geruht.

Der König hat geruht: den General-Kommissions-Präsidenten Schwarz zu Stargard zum Präsidenten der General-Kommission für die Provinz Schlesien zu Breslau, den Landgerichts-Rath Plath in Bromberg zum Ober-Landesgerichts-Rath, sowie die Gerichts-Assessoren Viereck, Grüttner, Dr. Meltzbach in Jarotschin, Studemund in Posen und Fröhlich in Inowrazlaw zu Amtsrichtern zu ernennen.

Der Amtsrichter Michalek zu Strasburg W./Pr. ist, unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Neumark, zugleich zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neumark, vom 1. Dezember d. J. ab ernannt worden. Der Notar Rühl in Warweiler ist in den Amtsgerichtsbezirk Grevenbroich, im Landgerichtsbezirke Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Jüchen, versetzt worden.

Der Thierarzt Gröning zu Goldap ist zum kommissarischen Kreisthierarzt des Kreises Goldap ernannt worden.

Vom Landtage.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 12. November. 11 Uhr. Am Ministertische Maybach, Bitter, v. Boetticher, v. Puttkamer, Lucius mit zahlreichen Kommissarien.

Der Abg. Beerbohm, Mitglied der Fortschrittspartei, Vertreter für den Wahlkreis Memel-Heydekrug, ist gestern Abend plötzlich verstorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung der Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1881—1882 und betreffend die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat in Verbindung mit dem Antrage der Abgg. Richter und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend einige Abänderungen der Vorschriften für die Veranlagung der Klassensteuer und der klassifizirten Einkommensteuer.

Der Abg. Richter verzichtet zunächst auf das Wort, um seinen Antrag zu motiviren. Gegen den vorgelegten Staatshaushaltsetat melden sich zum Wort: Richter, Hammacher (Lennep), v. Huene, v. Benda, Rickert, Virchow, Langerhans, v. Hoenika, Mager, Dr. Meyer, Miquel, Berling, Platen, Struve; für denselben v. Heyden, v. Zedlitz, v. Minnigerode.

Abg. Richter: Das Fazit der Rede des Finanzministers bei Vorlegung des Etats war: der Reichstag hat 130 Millionen Mark neue Steuern bereits bewilligt, dafür gebe ich Euch, wenn ich kann, in einzelnen Jahren 14 Millionen Mark Steuererlaß; 110 Millionen neuer Steuern sollt Ihr mir noch im Reichstage bewilligen, dafür sollt Ihr dann 64 Millionen Steuererlaß haben; also für 240 Millionen neuer Steuern im Reich, von denen 150 Millionen von Preußen aufgebracht werden, ein gewährter und versprochener Erlaß von 78 Millionen. Dem preußischen Volke sollen also 75 Millionen neuer Steuern mehr auferlegt werden, als man ihm erlassen will. Eine so starke Zumuthung hat noch niemals ein Finanzminister an das preußische Volk gestellt. (Oho! rechts.) Freilich hat er die bereits bewilligten 130 Millionen mit keinem Wort erwähnt, ein Fremer auf der Tribüne, der unsere neueste Finanzgeschichte nicht kennt, müßte glauben, es seien überhaupt noch gar keine neuen Steuern bewilligt. Auch die noch zu bewilligenden hat der Minister nur sehr kurz angedeutet: er ließ sich auf einen Zwischenruf Rickert's zu einer Improvisation drängen und nannte die Ziffer von 110 Millionen als die noch ausstehende Belastung, bei der Korrektur des stenographischen Berichts erschien ihm aber doch seine ursprüngliche Taktik, nur die Ziffer der Entlastung zu nennen, dagegen die der Belastung im Dunkeln zu lassen, als die richtigere. Wie wäre sonst diese werthvollste Ziffer, das Werthvollste in dem ganzen Vortrag des Ministers, durch ein Ungeschick unserer bewährten Stenographen aus dem Bericht geschwunden? Die bereits bewilligten 130 Mill. kommen für den Minister höchstens mit 14 Mill. im einzelnen Jahre in Frage, während der Reichskanzler in dem Dezemberbrief von 1878 schrieb: „In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform, Verminderung der direkten Steuerlasten durch Vermehrung der nicht direkten Abgaben. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiet der direkten Steuern sein können und müssen. (Sehr richtig! rechts.) Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reiches nicht eine Erhöhung der Gesammtsteuerlast bezweckt werden kann." (Hört! links.) Ist das richtig, dann muß die Entlastung nicht 14, sondern 130 Millionen betragen, bevor von neuen Steuern die Rede sein darf; denn erst dann fällt der Vorwurf weg, daß eine Vermehrung der Gesammtsteuerlast beabsichtigt ist. Mein Flugblatt bei den letzten Wahlen „200 Millionen neuer Steuern", wurde seiner Zeit konfiszirt und als Ausdruck eines sehr starken Pessimismus gekennzeichnet. Jetzt, also noch vor Ablauf der Legislaturperiode, stehen bereits 240 Millionen neuer Steuer in Frage, also noch 40 Millionen mehr als ich geargwohnt hatte. „Das ganze Flugblatt", sagte die „Provinzial-Korrespondenz" vom 24. Juni 1878, ist eine grobe und dreiste Entstellung der Absichten und Pläne der Regierung u. s. w." Nach dem damals verkündigten Programm dürfen Sie die bereits bewilligten 130 Millionen nicht pro nihilo erachten und mit den Steuererlassen erst dann anfangen, wenn noch weitere 110 Millionen aufgeschüttet sind. Die Thronrede entsprach auch jenem Programm und bei der Berathung der neuen Steuervorlagen im Mai 1879 fiel es keinem, der für sie sprach, ein, die Sache so darzustellen, wie es jetzt beliebt wird, daß die neuen Steuern dazu da sein sollen, ein Defizit zu decken (Oho! rechts), oder wenn man die neuen indirekten Steuern nicht bewillige, so müßten direkte kommen. Der Reichskanzler versprach damals Erlaß der ganzen Klassen-, Ueberweisung der ganzen Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen, Erlaß der Einkommensteuer unter 6000 Mark und der der Beamten überhaupt. Ich sagte ihm schon damals und zuerst, daß er mehr Erlasse verspräche als die neuen Steuern einbringen können. Auch korrigirte ihn Finanzminister Hobrecht — und es gereicht ihm das zur Ehre — sofort, indem er sagte: das ist Zukunftsmusik, und ausführte: „wir brauchen die neuen Steuern einmal zur Deckung des Defizits", dann aber mache ich mich anheischig für Preußen zu erlassen die halbe Grund- und Gebäudesteuer (33½ Millionen) für die Kommunen, 20—30 Mill. Klassensteuer und 6 Millionen an Gewerbesteuer, in Summa 59—69 Millionen, im Durchschnitt also 64½ Millionen. Herr Hobrecht versprach also bei der ersten Serie neuer Steuern so viel Steuererlaß, wie Herr Bitter jetzt nach Bewilligung von abermals 110 Millionen in Aussicht stellt. Allerdings wurde damals weniger bewilligt als gefordert: es ist weniger Tabaks- und die Brausteuer ist gar nicht bewilligt worden; dagegen ist damals der Roggenzoll gegen die Vorlage der Regierung verdoppelt und auch die Eisenzölle wurden höher bewilligt, als sie gefordert waren. Jetzt steht die Sache so; es geht Jemand eine Schuld ein, nachher bietet er seinem Gläubiger 20 pCt. und sagt: willst Du das Uebrige haben, dann schenke mir erst den gleichen Betrag. (Unruhe rechts.) Das ist das, was der Herr Finanzminister jetzt thut. Er rühmte es, daß alle deutschen Finanzminister in Koburg darüber einig gewesen, sich von den übernommenen Verbindlichkeiten ganz oder mit höchstens 20 Prozent loszukaufen, bis ihnen neue Steuern bewilligt sind. Dabei ist weiter nichts Rührendes; im Verlangen nach neuen Steuern waren die deutschen Finanzminister immer einig; um diese Einigkeit herzustellen, brauchten wir nicht erst den Krieg von 1870 zu führen. (Ruf rechts: Pfui!) Ich habe nicht verstanden, oder Sie haben mich wahrscheinlich nicht verstanden. Noch ist nicht erwiesen, daß aus dem Ertrage der neuen Steuern nicht mehr als 14 Millionen erlassen werden kann. Der Minister rühmt ja auch die erfreuliche Finanzlage im Vergleich mit dem Vorjahr und allerdings schließt der Etat um 21 Millionen besser ab, von denen 7 zur Verminderung des Defizits, 14 Millionen für Steuererlasse bestimmt sind. Aber gebessert ist die Finanzlage doch nur durch das vom Volk aufgebrachte Mehr an Steuern; der Haushalt des Finanzministers hat sich gebessert, nicht der des Volks.

Jene 21 Millionen setzen sich zusammen aus 14, die das Reich mehr an Preußen überlassen kann, weil der Ertrag der neuen Steuern im Reich in den nächsten Jahren entsprechend höher wird: 10 Millionen sollen direkt aus diesem Mehrertrag überwiesen und um 4 Millionen die Matrikularbeiträge vermindert werden. Dazu kommen 2 Millionen mehr neue Steuern wesentlich in Folge der erhöhten Gerichtskosten. Es sind also 16 Millionen Mehrbelastung. Dann sind die Einnahmen des Staatsschatzes um 2 Millionen größer, denn der Finanzminister realisirt mehr Staatsaktivkapital zum Besten des laufenden Etats, macht 18 Millionen. Dazu die Erhöhung der Einnahme aus den Bergwerken, weil die frierende Menschheit in Folge der Koalition und der gesteigerten Kohlenpreise nach dem letzten harten Winter mehr bezahlen muß, alles das sehr viel erfreulicher für den Finanzminister, als für den Volkshaushalt.

Dabei ist die Wirkung der neuen Steuern noch gar nicht abgeschlossen. Wir haben sie von Anfang an auf 130 Millionen geschätzt, der laufende Etat des Reichs veranschlagt sie auf 70 Millionen, in dem neuen Reichshaushalt, den die Zeitungen veröffentlichen, steigt diese Ziffer auf 90 Millionen. Mir scheint, daß, wenn erst die vor den Steuergesetzen eingeführten Vorräthe aufgezehrt sind, der Ertrag die Ziffer von 130 Millionen noch überschreiten wird. Es fehlt an jedem Maßstab dafür, ob die neuen Reichssteuern nicht noch 20 oder 40 Millionen mehr einbringen werden, als sie nach dem neuen Reichs-Etat eintragen sollen. Wer will sagen, wie viel die Tabakssteuer einbringen wird, die zur Zeit weniger einbringt als vor der Erhöhung, da nicht $\frac{1}{10}$ des normalen Verbrauchs importirt wird, so groß sind die vorhandenen für dies Jahr noch ausreichenden Vorräthe. Und da spricht man schon wieder von neuen Steuern!

Die Gestalt eines Haushalts hängt nicht blos von den Steuern, sondern noch vielmehr von den allgemeinen Wirthschaftsverhältnissen ab. Die jetzigen sind nicht normal, die Krisis von 1873 ist noch nicht überwunden, und der Etat Preußens und des Reiches, beide auf indirekte Steuern basirt, deren Erträge schwankende sind, werden dadurch affizirt, der preußische noch insbesondere durch die Schwankungen in dem Ertrage der Staatsindustrie, der Staatseisenbahnen, Berg- und Hüttenwerke. Wie will man vor der Rückkehr zu normalen wirthschaftlichen Verhältnissen ein sicheres Urtheil über die Gestalt des nächsten Etats haben und mit neuen Steuern kommen, anstatt abzuwarten, wie die Dinge sich gestalten? Wir haben immer die Meinung vertreten, daß überhaupt die jetzt bewilligten 130,000,000 Mk. neuer Steuern nicht nothwendig seien, sondern daß man bei sparsamer Verwaltung und angemessener Reform der Zucker- und Branntweinsteuer bis zu besseren Zeiten auskommen könne. Ich glaube auch, daß in der wirthschaftlichen Wellenbewegung wieder einmal bessere Zeiten kommen. Es ist keine Wirthschaftspolitik so schlecht, um dies auf die Dauer verhindern zu können. (Heiterkeit.) Wenn der Herr Finanzminister außerdem noch der Wirthschaftspolitik des Herrn Kanzlers eine besondere Zauberkraft beimißt, dann müßte gerade er diese Segnungen abwarten, bevor er wieder neue Steuern verlangt. Leider überwiegen in diesem Jahre die ungünstigen Anzeichen die günstigen noch mehr als im Vorjahre und die Wirthschaftspolitik des Kanzlers erschwert gerade die Rückkehr in normale Verhältnisse. Aber auch dieses Regierungssystem wird nicht ewig dauern. Derartige Zeit erinnert an die Landrathskammer von 1857. Bald darauf waren alle Konservativen wie durch eine Versenkung verschwunden. (Heiterkeit.) Das ganze Regierungssystem wurde ein anderes. Statt, daß Defizits vorhanden waren — vorher sollte sogar die Salzsteuer erhöht werden —, ergaben die Rechnungen Ueberschüsse. Eine alte preußische Erfahrung lehrt, daß wenn die Konservativen die Prügelstrafe anfangen, zu empfehlen, ihre Schwungkraft die höchste Höhe erreicht hat. (Große Heiterkeit.) Höher versteigt sich ihr Idealismus nicht mehr. (Heiterkeit.) Sie würden auch jetzt wieder sehr bald das Geld, anstatt es zu Steuererlassen zu verwenden, sehr rasch aufbrauchen. Wie es jetzt in Hannover erprobt werden soll, würde man schon für 30,000 Einwohner einen Landrath einsetzen, die Lokalpolizei überall in die Hände königlicher Polizeibeamten bringen, monumentale Dienstwohnungen erbauen und auch der Militäretat würde, obwohl er seit 1872 um 100 Millionen gestiegen ist, noch mancher Steigerung fähig sein. (Heiterkeit.) Insbesondere würde mit der weiteren Verstaatlichung der Eisenbahnen das Risiko des Haushalts derart wachsen, daß zuletzt 240 Millionen Mark so wenig reichen wie jetzt 130 Millionen. Was Sie jetzt für weitere 110 Millionen versprechen, haben Sie auch schon für die früheren 130 versprochen. Warum sollte man sich an derselben Ecke zweimal stoßen. Auch ein niedriger organisirtes Wesen scheut das Feuer, wenn es sich einmal verbrannt hat. Formelle, sogenannte konstitutionelle Garantien nützen gar nichts. Stellt das Reich nach dem Frankenstein'schen Antrage Steuerüberschüsse in Ausgabe, so stellt es eben so viel Matrikularbeiträge in Einnahme. Das Finanzsystem an sich führt nothwendig zur Verschwendung, weil es Steuerüberschüsse herbeiführt ohne gleichzeitige Entlastung, Einnahmen vor den Ausgaben bewilligt. Inzwischen werden von allen Seiten die Hände ausgestreckt, um den Ertrag der Einnahmen aufzubrauchen bis auf eine solche gelegentliche Kleinigkeit von 14 Mill. Mk.

Von der Kleinigkeit der 14 Millionen wird ein sensationelles Aufsehen gemacht von der Regierung, welches in gar keinem Verhältnisse steht zu einem Etat von 1000 Millionen und einer Belastung des preußischen Volkes mit Staats- und Kommunalsteuern bis zu 500 Millionen Mark. Von konservativer Seite wird es so dargestellt, als ob man bei Empfangnahme der 14 Millionen Steuererlaß sich moralisch verpflichtete, neue 110 Millionen Mark dem Reichstag zu bewilligen. So unmoralisch ist die Regierung nicht, sie würde ja damit dem neuen Wuchergesetz verfallen (Heiterkeit), nämlich durch Ausbreitung des Leichtsinns sich für kleine Leistungen ganz unverhältnißmäßige Gegenleistungen versprechen lassen. (Große Heiterkeit.) Der Minister — es freut mich, daß er es soeben bestätigt — bringt die 14 Millionen Mark nicht in Beziehung zu neu zu bewilligenden Steuern, sondern stellt sie zur Verfügung aus den bereits bewilligten 130 Millionen. Unser Standpunkt ist sehr einfach. Wir haben die Bewilligung der 130 Millionen für eine ungerechtfertigte Mehrbelastung gehalten, werden nun an irgend einem Ende davon winzige 14 Millionen zurückgegeben, so nehmen wir natürlich, was wir kriegen können, wir feiern die Feste wie sie fallen, mager und selten sind sie ja ohnedies. (Bewegung rechts.) Noch ehe auch nur 5 Mann von uns sich über die Frage besprochen hatten, meldete die offiziöse Presse bereits, die doktrinäre Fortschrittspartei würde den Steuererlaß ablehnen. Da beschlossen wir in voriger Woche, gerade den Antrag auf dauernden Steuererlaß zu stellen. Die Erklärung des Finanzministers veranlaßte uns dazu, daß bei einiger Sparsamkeit und Vorsicht, wie sie immer in Preußen bestanden, die Mittel dazu dauernd vorhanden sein würden. Nun da wollten wir so freundlich sein, für die Innehaltung dieser Sparsamkeit gegen seine Herren Kollegen eine äußere Stütze zu geben. Im Reichstag sind die neuen Steuern unter Ablehnung des Amendements Bennigsen dauernd auferlegt worden, darum muß auch die Entlastung jetzt eine dauernde sein. Ja man kann viel mehr Gründe für einen dauernden Erlaß als für einen einmaligen anführen. Denn aus den Verhältnissen des vorliegenden Etats rechtfertigt sich der Erlaß viel weniger, denn als Anfang einer dauernden organischen Maßregel, die man auch in einem an sich ungünstigen Jahr beginnen kann. Auch das Verwendungsgesetz steht dem Antrag nicht entgegen, denn es hat nur eine subsidiäre Bedeutung für den Fall, daß man sich für einen dauernden Steuererlaß, wie er Ihnen hier vorliegt, einigt. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Vorschlag des Steuererlasses angesichts des gegenwärtigen Etats die volle Umkehr der Konservativen und der Regierung von den noch im vorigen Jahre proklamirten Grundsätzen bedeutet. Noch 1878 verkündigte Herr v. Minnigerode, daß, wenn Geld übrig sei, man es nicht zu Klassensteuererlassen verwenden dürfe, sondern zur Tilgung der Staatsanleihen. Angesichts der für die Deckung des Extraordinariums damals vorgeschlagenen Anleihe erklärte Herr von Köller, es sei die schlechteste Politik, laufende Bedürfnisse aus Anleihen zu decken, nur das Gegentheil habe Preußen groß gemacht. Herr Bitter führte sich im vorigen Jahre hier ein mit einer Rede, worin er sich als Vertreter der altpreußischen Finanzpolitik bezeichnete, und es als die nächste Aufgabe erklärte, die Deckung des Defizits zu bewirken, bevor von einem Steuererlaß die Rede sein könne. Nur eine solche Politik könne Preußen auf seiner Höhe erhalten. Die rechte Seite rief Bravo und nach einigen Einwendungen von mir sagte der Minister nochmals, ich befinde mich auf klassischem Standpunkt, sowohl in der Musik, wie in der Finanzverwaltung. (Heiterkeit.) Heute, wo der Minister neben 30 Millionen Anleihe zur Deckung des Defizits einen Steuererlaß vorstellt, nennt er das, was er im vorigen Jahre klassisch nannte, eine streng wissenschaftliche Theorie, an die man sich nicht binden würde. Die Herren Minister befinden sich allerdings in einer schlimmen Lage. Herr v. Puttkamer hat, als er noch nicht Minister war, vielleicht auch gar nicht geglaubt, daß er es werden würde (Heiterkeit), hat ja ausgesprochen, wenn man diese Erwartungen des Landes, die feierlich in der Thronrede verkündigt sind, täuschte, so würde das ein Stoß in das Herz des monarchischen Prinzips sein. (Hört, hört!) Herr Dr. Lucius, als er noch nicht Minister war, als er vielleicht noch nicht glaubte, daß er es werden würde, sagte am 10. Mai 1878 im Reichstage: „Der Reichskanzler erklärt, daß die Erträge, welche gewonnen werden, nur zu neuen Steuererlassen benutzt werden, nach Beseitigung der Matrikularbeiträge, und daß diese Matrikularbeiträge, die sich auf 50 Millionen Mark für den Staat belaufen, nur von einem geisteskranken Ministerium zu etwas Anderem bestimmt werden könnten als zum Nachlaß an direkten Steuern oder zur Uebertragung von Steuerbeträgen an die Kommunen. (Hört, hört!) So meine ich, liegt in solchen Versicherungen doch auch eine gewisse Garantie und ich habe die Meinung, es ist unmöglich, sich einfach ungläubig dagegen zu verhalten, wenn ein Minister mit Genehmigung seines Souveräns derartige Erklärungen abgiebt." So damals Herr Dr. Lucius. Jetzt wird aus dem Reich soviel an Steuern überwiesen, als die Matrikularbeiträge ergaben — es fehlen nur etwa 3 oder 4 Millionen. Nun haben die Herren damals so starke Ausdrücke gebraucht — man soll als Abgeordneter niemals so starke Ausdrücke gebrauchen (Heiterkeit), man weiß ja nicht, ob man nicht später einmal Minister wird — (Heiterkeit). Sie haben „vom Stoß in's Herz des monarchischen Prinzips, von dem geisteskranken Ministerium" gesprochen. (Heiterkeit). Nun wollen die Herren mit 14 Millionen Steuererlaß wenigstens partiell diese Vorwürfe entkräften. Die nächsten Wahlen stehen bevor, kein Wunder, daß man sucht, aus dieser schwierigen Situation hreauszukommen. Der Reichskanzler, ein Meister auf dem Gebiete der Taktik, hatte die Schwierigkeit, in der sich die Herren von der anderen Seite befinden, sehr richtig erkannt, er hat

sich also den Herrn Finanzminister Bitter zum Vortrag nach Friedrichsruh kommen lassen — das nennen die Herren kollegiales Ministerium. — (Große Heiterkeit.) Er läßt sich die Minister einzeln nach Friedrichsruh kommen; neulich hat ja der Abg. Weber den Kanzler in einer Wählerversammlung als „Regenten" bezeichnet. Da hat nun der Herr Finanzminister, wie ich voraussetze, auf jene sehr feierliche Erklärung aus dem vorigen Jahre hingewiesen und hat gesagt, daß er für klassische Finanzpolitik sei. Darauf hat der Reichskanzler, wie ich ihn kenne, gesagt: „Was? klassisch hin, klassisch her!" (Große Heiterkeit.) „Grundsätze wechselt man; auf die Taktik kommt es an, die Macht entscheidet und die Machtfrage geht allen Grundsätzen voraus." Da hat Herr Bitter etwas von „strengen Grundsätzen" gesprochen, er hat sich aber doch gegeben, und so war die „Homogenität" des Ministeriums, von der gestern gesprochen wurde, wieder hergestellt. (Große Heiterkeit.) Nun sehen wir den Finanzminister mit einer Vergnügtheit die große Trommel dieses Steuererlasses schlagen, als ob er nie für klassische Musik geschwärmt hätte. (Große Heiterkeit.) Wir freuen uns sehr darüber, wahrzunehmen, daß der Minister doch noch eine Macht außerhalb des Ministeriums anerkennen, dem Druck der öffentlichen Meinung folgen muß, und wenn wir zu unserem bescheidenen Theile an diesem Drucke mitgeholfen haben, so nehmen wir diese Prämie von 14 Millionen entgegen, zugleich als Aufforderung, noch recht viel stärker zu drücken, damit die Herren Minister von den 130 Millionen noch mehr als diese wenigen 14 Millionen zurückgeben müssen. Gewöhnlich haben die Konservativen bei der ersten Lesung in der Oeffentlichkeit sehr gute Vorsätze, dann aber macht sie die Einwirkung der ministeriellen Beredtsamkeit gar bald dieselbe vergessen, und bei der zweiten Lesung lassen sie selbst Ersparnisse rückgängig zu machen, für die sie in der Kommission gestimmt haben. Ueberlegen Sie sich doch einmal ernstlich, ob, anstatt, daß 1½ Millionen Revenüen des Welfenfonds zum Reptilienfonds fließen, der Kanzler nicht so mächtig und angesehen ist, um diese Mittel für die Umkehrung der öffentlichen Meinung entbehren zu können. Gerade jetzt ist dementirt der eine Offiziöse den Anderen und es weiß kein Mensch mehr, an welcher Stelle die Regierung die Wahrheit sagt. Wenn Sie etatsmäßige Stellungen ersparen wollen, so fangen Sie nicht gerade unten bei den Diätarien an, sondern oben nicht beim Reichskanzler und untersuchen Sie, ob ein besonderer Minister bloß für den Ceremoniendienst, um jährlich ein paar Mal Thronreden zu lesen, erforderlich ist. Denn zu einem Mehreren läßt ja der Herr Reichskanzler seinen Stellvertreter nicht kommen. Vor zwei Jahren hat man eine Anleihe von 42 Millionen für den Etat bewilligt, die Rechnung zeigt, daß diese Anleihe gar nicht gebraucht ist, es sind in das laufende Jahr 60 Millionen Restkredite übergegangen. Der laufende Etat hat ein neues Extraordinarium von 40 Mill., so daß diesem Etat 100 Mill. zur Verfügung stehen. Untersuchen Sie doch nun, ob für das nächste Jahr nun wiederum 40 Mill. zu bewilligen sind. Mögen doch die Konservativen nun zeigen, daß sie in derselben Ersparnißpolitik leisten können, die wir im Reichstag bis zum Jahre 1878 ausgeübt haben und bei der wir es ermöglichten, durch Abstrich von Matrikularbeiträgen in Höhe von 80 Millionen mehrere Jahre ohne neue Steuern auszukommen. Eine andere Verpflichtung legt der Steuererlaß der Regierung in Bezug auf das Reich auf. Die Voraussetzung des Steuererlasses ist, daß die Matrikularbeiträge auf unveränderter Höhe bleiben. Das ist, wie ich bis jetzt den neuen Reichsetat, so weit er veröffentlicht ist, verstehe, nur möglich, wenn der Militäretat nicht erhöht wird. Nun hat aber der Kriegsminister für die Durchführung der neuen Novellen, die Erhöhung des Präsenzstandes um 27,000 Mann, eine Mehrforderung von 17 Millionen Mark angekündigt. Wenn gleichwohl es nach diesem Etat bei den alten Matrikularbeiträgen verbleibt und bei den kollegialischen Verhältnissen in unserem Staatsministerium der Kriegsminister diesen Etat mit vertritt, so muß man annehmen, daß das Ministerium Sr. Majestät gerathen hat, in der Thronrede den Steuererlaß zu verkündigen, nachdem es sich vorher geeinigt hat, die Mehrausgaben neuer Formationen aufzuschieben durch große Beurlaubungen in der Präsenz. Diese Verpflichtung entspricht vollständig unseren Wünschen; andernfalls, wenn die Voraussetzung nicht zuträfe, würde ja der ganze Finanzplan des Ministeriums, noch bevor der neue Etat publizirt wäre, vom Kriegsministerium wieder zerstört werden. Einer solchen Ironie der Thatsachen werden Sie sich nicht ausgesetzt haben.

Indessen es kommt ja gegenüber der Frage des Steuererlasses nicht bloß auf den Staatshaushalt an, sondern auch auf den Volkshaushalt. Wenn ich im Zweifel es überhaupt für richtiger halte, das Geld dem Steuerzahler zu lassen, anstatt es der Regierung zu geben, so gilt dies insbesondere von dem gegenwärtigen Regierungssystem. Es freut mich, daß endlich einmal wieder vom armen Mann die Rede ist. Lange Zeit sprach man nur vom „sogenannten armen Mann" und betonte nur die Interessen des Großgrundbesitzes, der Fideikommisse und dgl. Unter der Finanz- und Wirthschaftspolitik des Kanzlers leidet dieser arme Mann ganz besonders. Die 75 Pf. Steuererlaß machen in der untersten Stufe gerade 6 Pf. für den Monat; diese 6 Pf. bezahlt der arme Mann schon an Steuern, wenn er ein einziges Liter Petroleum kauft, denn daß die Amerikaner den Petroleumzoll bezahlen, glaubt doch Niemand mehr. Seit Jahren sind die Petroleumpreise nie so hoch gewesen wie jetzt. (Widerspruch rechts.) Die Herren, welche mehr Gas brennen, merken dies freilich weniger. Das macht ja die neuen Steuern besonders drückend, daß mit einer Vertheuerung aus allgemeinen Ursachen noch die besondere Belastung durch den Zoll kommt. Mit den Preisen des amerikanischen Schmalzes und Speckes ist es ebenso, gerade mit der billigsten animalischen Nahrung des Armen. Und nun erst die Roggenpreise; die im Juli ausgesprochene Erwartung billigerer Herbstpreise hat sich nicht bestätigt. Mit Ausnahme des Nothstandsjahres 1867 sind seit 1858 die Roggenpreise um diese Jahreszeit nicht so hoch gewesen wie jetzt. Man sagt, auf die paar Pfennige kommt es dem Arbeiter nicht an, wenn er um so mehr Lohn verdient; nun zeigen Sie mir einmal in allen diesen Etats eine Stelle, wo die geringste Lohnerhöhung für die Tausende von Arbeitern im Staatsdienst vermerkt ist. Die Unternehmer bedauern ja selbst die schlechte Lage ihrer Arbeiter, aber sie können nicht mehr geben, weil sie selbst nicht genug verdienen. Diese Nachrichten über die Eisenindustrie werden leider von überall her bestätigt. Auch im Etat der Staatshütten ist ein gegen das Vorjahr niedrigerer Ueberschuß angesetzt. Ueber die Landeshuter Staats-Spinnerei berichtet der Etat: der Geschäftsgang in der Leinen-Branche sei wieder ungewöhnlich flau geworden. Ueber die Lage der Textilindustrie im Ganzen hat Herr Meyer (Breslau) ähnliche Mittheilungen gemacht. Erfreut sich denn die Landwirthschaft jetzt etwa der Segnungen des Getreidezolles? Ein konservativer Agrarier von Schwarzenfels, der im Augenblick in Altenburg landtagt, erklärt in seinem Wahlaufruf: Der Landwirthschaft helfe der Zoll nichts, der Freihandelspartei biete er ein willkommenes Agitationsmittel. Andere Agrarier bestätigen dies. Sie kommen nun zu der Schlußfolgerung, daß der Getreidezoll deshalb auf das Fünffache zu erhöhen sei. In der Kompetenz des Landtages liegt es zwar freilich nicht, diese Lebensmittelzölle zu beseitigen; wir können im direkten Steuersystem eben nur noch ganz kleine Erleichterungen und zwar nur bei den Personalsteuern verschaffen. Aber gerade der Steuererlaß drückt den jetzigen Finanzplan der Regierung weit mehr zurück, als es früher der Fall war. Jetzt soll der Nachlaß an diesen Personalsteuern nur ⅓ erfolgen, während man ⅔ auf Ueberweisung an Kommunen rechnet. Eine solche Ueberweisung aber führt an sich unmittelbar noch gar nicht zu einem Steuererlaß. Ueberall ist doch nur von beweglichen Erlassen, nicht von einer dauernden Verminderung der Steuern die Rede. Der Herr Reichskanzler meinte im vorigen Jahre, die Klassensteuer müßte überhaupt ganz abgeschafft, es sogar den Kommunen zu erheben, ganz verboten werden. Man könne solche Steuern nicht von Personen erheben, welche mit der Noth des Lebens zu kämpfen haben. Die Exekution mit ihren ganzen schmachvollen Folgen erzwinge die Steuer und errege Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen. Jetzt meint der Herr Finanzminister, diese 20 Millionen Mark vertheilen sich auf 4½ Millionen Steuerzahler in den untersten Stufen derart, daß die Steuer nicht übermäßig drücke, auf dem Lande drücke sie nur ausnahmsweise, drückend seien nur die Kommunalsteuerzuschläge (Sehr richtig! rechts.) Derselbe Betrag Kommunalsteuer drückt gleichmäßig, mag er nun für die Kommunen oder für den Staat erhoben werden. Wenn aus den bewilligten 130 Mill. Mark noch mehr zu erübrigen ist, so muß die Klassensteuerverminderung weit mehr im Vordergrunde bleiben als es nach dem Plan des Finanzministers der Fall ist. Ich will den 14 Millionenerlaß deshalb dauernd machen, weil ich es dauernd für richtig halte, daß Einkommen unter 2000 Thaler nicht für jetzt mit demselben Prozentsatz herangezogen werden können, wie höhere Einkommen. Mit diesem Erlaß will ich deshalb zugleich eine dauernde organische Verbesserung des Gesetzes verbinden. Es ist ganz falsch, wie der Minister beabsichtigt, Steuererlaß und Steuerreform zu trennen. Der Herr Reichskanzler hat den Beamten 1878 vollständigen Erlaß der Klassen- und Einkommensteuern versprochen, wem hätte er nicht schon irgend etwas versprochen? Jedenfalls leiden die Beamten von der Einschätzung darunter, daß ein öffentlich bekanntes Einkommen eingeschätzt wird, während dies andernfalls nicht vorhanden ist. Das Hinderniß einer richtigen Einschätzung nach allen Seiten liegt wesentlich darin, daß für die unteren Klassen der Klassen- und Einkommensteuer der Steuerprozentsatz zu hoch ist. Für die 130 Millionen Mark bewilligter Steuern war auch ein Erlaß von 6 Millionen Mark Gewerbesteuern versprochen, insbesondere in der Klasse H. Die Konservativen, welche sich angeblich so besonders für den Handwerkerstand interessiren, sollten doch hindern, daß dieser Erlaß jetzt so ohne Weiteres aus dem Steuer-Erlaß verschwindet. Die Ueberweisung von Steuer-Erträgen an Kommunen ist, wie gesagt, an sich noch kein Steuer-Erlaß. Wie sollte man auch dazu kommen, aus dem Ertrage einer höheren Besteuerung aller Klassen, gerade die besitzenden Klassen zu entlasten? Da wäre eine sozialaristokratische Maßregel, zur Bekämpfung der Sozialaristokratie wahrlich nicht geeignet. Nur eine Steuerentlastung des Realbesitzes dagegen halte ich für gerechtfertigt und zwar, soweit dieser Realbesitz gerade 1880 in der Gebäudesteuer höher belastet worden worden ist. Eine finanzpolitisch verkehrtere Maßregel hätte gar nicht ergriffen werden können. Gerade dieses Objekt mußte man für die Besteuerung der Kommunen veranlassen. Im Augenblick der Verminderung der Gebäude, wie jetzt, dürfte eine solche Steuererhebung am wenigsten erfolgen. Werden überhaupt einmal Mittel zur Kompetenz des Landtages frei, so würde auf unsern Gesetzentwurf vor zwei Jahren zurückzukommen sein, den Satz von 4 Prozent Gebäudesteuern auf 3 Prozent zu ermäßigen. Pro 1878/79 stand die Gebäudesteuer mit 17½ Millionen Mark im Etat, jetzt sind es 27½ Millionen. So weit überhaupt eine Ueberweisung von Steuererträgen an Kommunen erfolgen kann, ist der Maßstab der gesammten direkten Steuern für die Vertheilung der allein richtige. Der Reichskanzler sagte, die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer werde besonders den Städten, die jetzt bis 500 Prozent Steuerzuschläge aufbringen müßten, zu Gute kommen. Wie steht es damit in Wirklichkeit. Von den 33½ Millionen Mark Ueberweisung würden die Städte nur 10½ Millionen bekommen, während die städtischen Kommunalsteuern schon vor einigen Jahren 84 Millionen Mark betrugen. Die Ueberweisung stellt also etwa ⅛ der Kommunalsteuern dar. In großen Industriestädten noch weniger. So würde die Ueberweisung für Hagen etwa 8 Proz., Dortmund, Barmen 9 Proz., Elberfeld 10 Proz. bedeuten. Zur Hälfte werden die Städte dabei nur mit ihrem eigenen Fett begossen; wenn sie 10 Millionen bekommen, bekommen sie dabei nur 5 Millionen zurück, welche sie selbst an Gebäudesteuer seit 1880 mehr für den Staat aufbringen. Als der Dezemberbrief des Kanzlers erschien, da forderte der Bürgermeister von Essen alle Kommunen auf, dem Reichskanzler zu danken für diese neue Aera, welche er in der Entlastung der Kommunen einleite. Essen hat 800,000 M. Kommunalsteuern, 50,000 M. würde es aus dem Finanzplan des Herrn Bitter überwiesen bekommen, darunter 25,000 M., welche es erst in diesem Jahre an Gebäudesteuern bezahlt. Der ganze Gewinn beschränkt sich also auf 25,000 M., das sind 3 Prozent der Kommunalsteuern, ein Betrag, der nicht der Verschiedenheit einzelner Jahre gleichkommt. Da kann man wohl sagen, tant de bruit pour une omelette! Auch im Verhältniß der Bauern- und Dorfgemeinden zum Gutsbezirk und Großgrundbesitz ist der Maßstab der Vertheilung nach Grund- und Gebäudesteuer ungerecht. (Widerspruch rechts. Gewiß!) Wenn Dorf und Gutsbezirk gleichviel an diesen Steuern bezahlen, wird das Dorf immer mehr an Personalsteuern bezahlen als der Gutsbezirk. Deshalb will der Großgrundbesitz kommunale Lasten lieber nach dem Maßstabe aller direkten Steuern, als bloß der Realsteuern vertheilen. Was aber für die Belastung richtig ist, muß auch bei der Entlastung richtig sein. Ich habe von der kleinen Entlastung der Städte gesprochen, aber die Städte unter 25,000 Einwohnern sollen nicht einmal etwas direkt bekommen, mit Ausnahme der Hannoveraner. Ach, wenn wir doch Alle Hannoveraner wären! (Heiterkeit.) Wie kann man anderen großen preußischen Städten das vorenthalten, was man kleinen hannoverschen Landstädtchen zuerkennen will? Bevor die neuen Steuern bewilligt waren, hieß es — sogar in der Thronrede vor zwei Jahren — dieselben seien für die Schule erforderlich. Jetzt ist es davon wieder ganz still geworden, nachdem die neuen Steuern eingeführt sind. Der Minister scheint auch sonst keine Geldmittel für die Schulen übrig zu haben. Er hat für die Lehrer weiter nichts als scharfe Reskripte. Vor zwei Jahren hat das Haus ein Gesetz über Pensionen, Alterszulagen und Wittwenversorgung für Lehrer verlangt, statt dessen hat der Minister nur den Dispositionsfonds erhöht und nun soll die Staatsgarantie für die Wittwenpensionen erhöht werden. Das kostet dem Staate nichts, denn die Kassen können selbst höhere Beträge zahlen. Der von der Regierung vorgeschlagene Vertheilungs-Maßstab würde jenen Gegenden am meisten zum Vortheil gereichen, wo die Bedürfnisse nach Zuschüssen am fühlbarsten sind. Wie kann man nun die Frage der besseren Dotirung des Schulwesens trennen von der Frage der Ueberweisung an Kommunen? Sollen etwa für Schulzwecke dann wieder die Steuern erhöht werden, nachdem die Ueberschüsse anderweitig aufgebraucht sind? Ich habe diese Frage nur im Anschluß an die Rede des Finanzministers erörtert. Mein Standpunkt unterscheidet sich generell von dem seinigen, daß ich die Erfüllung alles dessen verlange im Anschluß an die gemachten Versprechungen aus den bereits bewilligten 130 Millionen Mark. Ich halte mich auch bei diesen Ausführungen streng innerhalb der Kompetenz des Landtages, ohne mich für den Reichstag zu präjudiziren; es kann sich hier nur darum handeln, innerhalb der Landtagskompetenz Stellung zu nehmen betreffs der Verwendung von Mitteln, soweit dieselben auf Grund der neuen Steuern flüssig werden. Das Gesagte genügt um klar zu legen, daß wir für alle Eventualitäten ein bestimmtes Programm haben, soweit es heute schon möglich ist. Aber mögen Sie es bei den bereits bewilligten Steuern lassen oder noch die neuen 110 Millionen bewilligen oder noch mehr; alles wird nichts helfen; Sie werden, abgesehen von einem solchen gelegentlichen Steuererlaß zu keiner dauernden Entlastung kommen, so lange die Wirthschaftspolitik die bisherige Richtung behält. Ich habe dabei mehr als das bloße Schutzzollsystem im Auge. Immer neue Aufgaben und Verbindlichkeiten weist der Reichskanzler dem Staate zu, weil sich dadurch zugleich seine eigene Macht steigert; aber der Staat kann niemand etwas geben, was er nicht auf der anderen Seite dem Steuerzahler abnimmt. Je mehr neue Steuern der Kanzler verlangt, je mehr verspricht er, um den Steuerzahler munter zu halten. Versprechungen und neue Steuern steigern sich fortgesetzt gegenseitig, das Passivum des Staates wächst fortwährend; mit den Versprechungen wachsen die Steuern, ohne zur Erfüllung zu genügen. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung muß dabei nach zwei Seiten wachsen: einmal über die fortgesetzten Steuererhöhungen und dann über die nicht erfüllten Versprechungen. Zuletzt sammelt sich in der Bevölkerung ein Unmuth, unter dem dieses ganze System zusammenbrechen wird. (Sehr wahr!) Es wird ja Manches in der Wirthschaftspolitik rückgängig zu machen sein, am schwersten freilich die **Verstaatlichung der Eisenbahnen**. Hier liegt meines Erachtens die größte Gefahr für den Staatshaushalt. Der Minister spricht von einer Denkschrift, die über die segensreichen Wirkungen der Verstaatlichung vorgelegt werden soll. Es scheint sehr schwer zu werden, diese Arbeit fertig zu stellen, denn sonst hätte man sich damit gewiß ebenso beeilt, wie mit der Verstaatlichung selbst. Der Minister Camphausen sagte im vorigen Jahre, die üblen Folgen dieser Politik würden sich erst in 10 Jahren zeigen. In der Hauptsache ist das richtig, aber was jetzt zum Vorschein kommt, ist doch das gerade Gegentheil von dem, was man uns als segensreiche Folgen der Verstaatlichung in Aussicht gestellt hat. Wollen Sie hören, wie man im Publikum über die Verstaatlichung denkt, so brauchen Sie sich nur von Berlin nach Potsdam zu begeben. Da werden Sie von allen Seiten Klagen namentlich über die Beeinträchtigung des Lokalverkehrs vernehmen. Wenn überhaupt ein hervorstechendes Moment in der Eisenbahnentwickelung hervortritt, so ist es das der Unglücksfälle, die sich in bedenklichster Weise gehäuft haben. Ich bin weit entfernt, alle Unglücksfälle mit der Verstaatlichung in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, aber die Regierung selbst erkennt die Nothwendigkeit an, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen und es ist jedenfalls auffallend, daß gerade die verstaatlichten Bahnen an den Unglücksfällen vorzugsweise betheiligt sind. Es läge doch nahe zu fragen, ob nicht durch das Uebergangsverhältniß das Betriebsmaterial sich verschlechtert hat und ob die große Veränderung im Personal nicht in einem inneren Zusammenhang mit diesen Unglücksfällen steht. Was die finanzielle Seite der Verstaatlichung betrifft, so weist die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für 1879—80 freilich 6 Millionen Ueberschuß auf, darunter sind aber 4,800,000 Mark Ueberschüsse der verstaatlichten Bahnen aus der Zeit, wo sie noch unter Privatdirektion standen. Die Staats-Eisenbahnen haben überhaupt nur einen Ueberschuß von 268,000 Mark geliefert. Dem gegenüber steht eine Ersparniß an dem Erneuerungsfonds von 2,370,000 Mark, also der zehnfache Betrag. In dem Etat für das nächste Jahr weist der Etat der Eisenbahnverwaltung einen Ueberschuß von 16 Millionen auf, dem gegenüber stehen aber 12½ Millionen Mehrausgaben an Zinsen, welche allerdings nicht im Eisenbahnetat, aber auf dem Etat der Staatsschulden stehen, weil die Aktien und Prioritäten der verstaatlichten Bahnen in Konsols konvertirt sind. Es bleibt mithin nur ein Ueberschuß von 3½ Millionen und diesen gegenüber steht eine Minderausgabe für den Erneuerungsfond von 8 Millionen. Beachten Sie wohl, was das heißt. Es bedeutet; in diesem Jahre kostet der Verschleiß des Materials durch den Betrieb 8 Millionen mehr als der Eisenbahnetat für die Erneuerungen ausgab. Die ganze Wirthschaftspolitik schädigt das Land nicht blos durch die Maßregel an sich, nein sie schädigt es nach meiner Auffassung in noch viel höherem Maße dadurch, daß fortwährend neue Projekte auftauchen, in der Schwebe bleiben und Unsicherheit in alle Verhältnisse bringen. (Sehr richtig! links.) Wie schwebt die Industrie durch die Rede des Finanzministers in Beunruhigung, durch das Projekt der Verdoppelung der Brausteuer, die unangebracht ist, weil die Brausteuer im Reichshaushalte statt einer Erhöhung eine Verminderung zeigt. Und nun erst die Tabakssteuer? Die Tabaksindustrie ist nun Jahre lang hin- und hergezogen von einem Projekt zum andern, ja zu Tode gehetzt; endlich ist man 1879 zum Abschluß gekommen. Diejenigen, welche die Tabakssteuer bewilligt haben, haben es in dem guten Glauben gethan, es würde nun Ruhe werden für die abgehetzte Industrie. Wenn die Regierung es nicht wollte, so hätte sie es ausdrücklich kundgeben müssen. Kaum aber waren einige Monate in's Land gegangen, da nahm man in der offiziösen Presse mit allen agitatorischen Mitteln das Monopolprojekt auf. Wir schreiten im Reichstag ein, es kam eine Resolution zustande, in welcher der Reichstag darauf hinweist, daß er die Sache durch sein Votum abgeschlossen glaubt. Nun kommt in der kleinlichsten Manier, die sich für eine Staatsverwaltung gar nicht paßt, die straßburger Tabaksmanufaktur, um über die Grenzen des Landes hinaus der Privat-Industrie die elendste Konkurrenz zu machen. Damit noch nicht genug; kommt nun noch der Finanz-Minister und erklärt, er halte den Tabak für ein sehr steuerfähiges Objekt. (Sehr richtig! rechts.) Er sieht dabei aus, als ob er eine ganz neue Wissenschaft entdeckt hätte, als ob über den Tabak bis jetzt nicht genug gesprochen worden sei, als ob nicht schon vor drei Jahren genau dasselbe gesagt und zur Grundlage gemacht ist für die ganze Steuergesetzgebung und alle diese Vorlagen. Ja, meine Herren, handelt es sich denn wirklich bei dem Tabak um ein Objekt, das man so behandeln kann? Nein, es handelt sich um eine lebendige Industrie, in die man durch solche Aenderungen hineingreift, die man immer neu verletzt und schädigt, nach alledem, was man ihr schon aufgebürdet hat. (Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.) Ja wohl, meine Herren, eine ganze Million Menschen lebt von dieser Tabaks-Industrie. Sie haben diese Tabakssteuer erhöht, die Leute wollen sich nun darauf einrichten, sie können es nicht mehr wie bisher fortführen und wissen nicht, wie sie sich einrichten sollen, weil sie die weitere Zukunft noch nicht kennen. Sobald die alten Vorräthe aufgearbeitet sind, müssen Arbeiter entlassen werden. Die Auswanderung ist ja in diesem Jahr stärker in Deutschland wie jemals und ein starkes Kontingent bilden gerade die entlassenen Arbeiter aus den Tabaksfabriken. Das ist auch eine Folge dieser Politik; so steht die Sache im Lande. Auch von der Surtaxe will man nichts wissen, nicht einmal die, zu deren Vortheil sie erdacht ist; und gleichwohl sucht der Reichskanzler diese Projekte fortwährend lebendig zu erhalten zur größten Beunruhigung unserer ganzen Industrie im Westen; Handel und Verkehr am ganzen Rhein leidet unter dieser Politik. Wie ist es denn mit der Freihafenfrage? Der Bundesrath weist die Vorlage zurück, thatsächlich erweist sie sich als unausführbar, gleichwohl giebt man sie nicht auf und versucht, ob der Senat von Hamburg sich drücken läßt zur Aufgabe des Rechts. Leidet darunter nicht der ganze Verkehr von Hamburg, Altona und Umgegend? Wir können Alle nicht wissen, was daraus wird. (Ruf rechts: Reichstag!) Das sind preußische Landestheile und wenn es auch nicht preußische wären, würde ich doch davon hier sprechen. Leidet nicht die ganze Industrie durch dieses fortwährende Schwebenlassen der Projekte, wie es dem Reichskanzler beliebt? Gerade die soliden Geschäftsleute, denen jeder neue Plan gekreuzt wird, leiden darunter. Kapital wäre genug da, um die Geschäfte wieder zu beleben, nach dem so lange magere Jahre gewesen sind, Arbeiter sind auch genug da, um beschäftigt zu werden, aber die Unternehmungslust fehlt, das **Vertrauen** fehlt, weil die ewigen Projekte des Reichskanzlers das Vertrauen aufheben. (Sehr richtig! links, lebhafter Widerspruch rechts.) Das ist der Zustand und wenn Sie, meine Herren, so konservativ wären, mehr als eine gouvernementale Partei, dann müßten Sie dafür sorgen, daß einer solchen Politik Grenzen gesetzt werden, die nicht erhaltend, sondern zerstörend ist. (Großer Beifall links, große Unruhe rechts.) (Die Rede des Herrn Abg. Richter dauerte 2½ Stunden.)

Abg. v. **Heyden**: Der Vorredner hat damit geschlossen, daß das Vertrauen im Lande fehle, daß eine vollständige Umkehr stattfinden müsse. Ich glaube, dieses Mißtrauen würde nicht da sein, wenn nicht immer die Gegner der Wirthschaftspolitik dasselbe von Neuem erregten. Ich bin in der letzten Zeit sehr wenig in Volksversammlungen gewesen (Sehr gut); ich werde mich daher auf solche Bemerkungen beschränken, die in die Volksvertretung gehören. Im Allgemeinen will ich an die gestrigen Bemerkungen anknüpfen. Es ist da von der linken Seite gesagt worden, daß von einer wirthschaftlichen Besserung nicht die Rede sei. Ich komme zu einem anderen Resultat. Ich finde eine Besserung darin, daß kein weiterer Niedergang stattgefunden hat. Wenn die Steuerreform nicht durchgeführt wäre, dann würde überhaupt keine Arbeit da sein. Jetzt wird wenigstens gearbeitet, die Leute haben zu leben. Ich will nur einige Zahlen anführen. Die Einkommensteuer hat sich vom Jahre 1872, wo ihre Erträge sich auf 21 Mill. beliefen, jetzt auf 33 Mill. erhöht. Die Zahl der Einkommensteuer-

zahler beläuft sich jetzt auf 174,000 gegen 111,000 vor 3 Jahren. Ich folgere daraus, und ich glaube mit Recht, daß die Einkommen sich vermehrt haben. Ferner: Im Jahre 1874 waren bei 983 bestehenden Sparkassen 987 Mill. M. belegt; im Jahre 1878 belief sich die Zahl der Sparkassen auf 1300 und die der Einlagen auf 1383 Mill. M. Eine gleiche Steigerung hat sich bei den Lebens-Versicherungsanstalten gezeigt. Wenngleich dies nur vereinzelte Erscheinungen sind, so beweisen sie doch, daß die gesellschaftliche Arbeit sich gesteigert hat. Der Geist der Arbeitsamkeit, der Mäßigkeit und Sparsamkeit in unserer Bevölkerung hat sich gekräftigt, und dies giebt mir die Garantie, darauf zu rechnen, daß unsere wirthschaftlichen Verhältnisse sich dauernd bessern werden. Bei Prüfung der einzelnen Etatspositionen bedauern meine Freunde und ich besonders die Mehreinnahmen in dem Kapitel der Gerichtskosten. Die Höhe der letzteren führt, namentlich in kleinen Sachen, geradezu zu einer Justizverweigerung. Das ist kein Fortschritt (Sehr wahr), und es ist Aufgabe der Staatsregierung, auf diesen Punkt ihr Augenmerk zu richten, selbst auf die Gefahr einer Verminderung der Einnahmen hin, und die geeigneten Anträge beim Reich zu stellen. Bezüglich der Erträge aus den Eisenbahnen kann ich mir nicht versagen, auf den Umstand einzugehen, daß man die in letzter Zeit vorgefallenen bedauerlichen Eisenbahnunfälle auf das Konto des Staatsbahn-Betriebes gesetzt hat, daß namentlich mangelhaftes Material die Schuld daran trage. Das ist aber ein durchaus ungerechtfertigter Vorwurf. Unglücksfälle kommen überall vor, und wenn wir die Zahl der verunglückenden Personen in Betracht ziehen, so glaube ich, daß alljährlich mehr Leute beim Spazierengehen, beim Reiten und Fahren sich beschädigen bez. umkommen, als beim Eisenbahnbetrieb. Das Bedürfniß für die Mehreinstellung von 100,000 Mk. für die hinterbliebenen Wittwen und Waisen der Lehrer erkennen wir an und bedauern nur, daß nicht in anderen Etats so erhebliche Ausgaben in Antrag gebracht sind. Der Punkt der Gleichstellung der Gehälter der Verwaltungs- und Justizbeamten ist leider noch nicht durchgeführt. Wir hoffen, daß die Erfüllung der begründeten Erwartungen der Beamten von der Regierung rechtzeitig wird beantragt werden. Mein Urtheil über diesen Etat bezüglich des Ordinariums geht dahin, daß wir bei sachgemäßer Prüfung desselben zu einer wesentlich anderen Balancirung desselben nicht gelangen können. In der Hauptsache wird dasselbe demnach hier zu regeln sein. Anders steht es mit dem Extraordinarium, dessen Ueberweisung an die Budgetkommission ich beantrage. Die Steuerreform war eine nothwendige. Das Reich war auf Matrikularbeiträge basirt und dadurch ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten. Unser Land war bei der Aufhebung vieler Zölle und Durchführung der Meistbegünstigungsklausel dem auswärtigen Import offen, während unser Export kein Absatzgebiet hatte. Dann kam die Milliardenzeit, d. h. die Zeit der Bestreitung dauernder Ausgaben aus einmaligen Einnahmen. Der Vorredner hat diese ganze Camphausen'sche Periode als die konservative Glanzperiode bezeichnet. Ich glaube, das wird im Lande nicht verfangen. Man ist sich darüber klar geworden und weiß, wer den Aktiengesellschaften die Wege geöffnet hat (Sehr richtig! rechts), man wird das nicht vergessen! Bei dieser Entwickelung der Verhältnisse war die Nation vor die Frage gestellt im Reich, ob sie zur Erhaltung eines dauernden Friedens mehr Lasten für das Reich zu übernehmen bereit sei. Ich bedauere, daß der Abg. Richter sich veranlaßt gesehen hat, auf die Gründung des Reichs in einer mir sehr unsympathischen Weise einzugehen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Für die Beschaffung der für die Zwecke des Reichs nothwendigen Mittel standen zwei Wege offen: Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs oder der Matrikularbeiträge. Die Finanzlage der Einzelstaaten ließ den letzteren Weg nicht zu. Preußen befand sich damals in einer Periode der Ueberproduktion, des wirthschaftlichen Niedergangs. Bei dieser Situation belasteten die direkten Steuern die Industrie und die Einzelnen auf das Empfindlichste. Die Industrie erlag der auswärtigen Konkurrenz, die Landwirthschaft war in weiten Kreisen in ihrer Existenz geschädigt. Es mußte demnach der erstere Weg eingeschlagen werden, und die Reichsvertretung hat sich für die Reform des Steuersystems ausgesprochen. Man ist indeß auf halbem Wege stehen geblieben. Für Preußen ist die Lage dadurch schwieriger geworden, daß durch das Garantiegesetz unsere Finanzlage in eine Verquickung mit den Verhältnissen des Reichs gesetzt wurde. Der Vorredner hat Recht, daß unsere Gesammtlage erheischt, daß bald Ruhe in diesen Verhältnissen eintrete; aber darin haben Sie nicht Recht, daß der Grund der Beunruhigung auf Seiten der Regierung liegt. Er liegt auf Seiten derer, die sich stets bei dieser Reform im Gegensatz zu der Regierung gesetzt haben. (Sehr richtig, rechts.) Wir wünschen die Entlastung von den Personalsteuern, die Ueberweisung eines Theils der Realsteuern an die Kreise, weiter Reform der direkten Steuern, der Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer. Wir sind deshalb bereit, in die Berathung eines neuen eventuellen Steuererlaßgesetzes einzutreten für den Fall, daß Seitens des Reichs neue Einnahmequellen überwiesen werden. Allerdings gehört die Berathung der vom Minister für das Reich in Aussicht gestellten Steuern nicht in den Rahmen dieser Verhandlung. Ich kann aber doch im Einverständniß mit meinen politischen Freunden erklären, erstens, daß wir die Einführung der Börsensteuer als ein altes Desiderat betrachten, die keineswegs eine neue Steuer ist, sondern lediglich eine Lücke in der Besteuerung des mobilen Kapitals ausfüllt; zweitens, daß wir eine erhöhtere Heranziehung des Branntweins bei gleichzeitiger Erhöhung der Brausteuer wünschen, wenn darauf Bedacht genommen wird, daß die Interessen der Landwirthschaft geschont werden. Ein Ausweg läßt sich finden, wenn wir die Steuer in den Moment verlegen, wo das Produkt in den Konsum übergeht. Was den Tabak anbetrifft, so halten auch wir denselben für ein sehr steuerfähiges Objekt — eine Ansicht, die sich schon in weiten Kreisen Bahn gebrochen hat. Auf den signalisirten Inhalt des Steuererlaßgesetzes für Preußen übergehend, kann ich mich, da das Projekt noch nicht vorliegt, nur mit aller Reserve äußern; wir wünschen aber bei der Reform, daß das Kapital in einer der jetzt bestehenden Prägravation des Grundbesitzes entsprechenden Weise herangezogen werde. Gegenüber der notorischen Hinterziehung bei der Einkommensteuer halten wir es ferner für zweckmäßig, einen Weg zu finden, durch den eine gerechte Besteuerung des Kapitalbesitzes herbeigeführt wird. Eine gänzliche Aufhebung der Klassensteuer wollen wir nicht, sondern nur eine Außererhebungsetzung der untersten Steuer-Stufen. Die Gewerbe-Steuer wünschen wir gleichfalls berücksichtigt; endlich, daß der Gedanke der Ueberweisung der Realsteuern an die Kommunalverbände zur Ausführung komme. Dieser Gedanke ist im fortschrittlichen Lager ausgebildet worden, aber er wird jetzt von der Tagesordnung nicht wieder verschwinden. Zu dem Steuererlasse von 14 Millionen erklären wir unsere Zustimmung. Es entspricht den Inventionen des diesjährigen Gesetzes. Wir erkennen das loyale Verhalten der Regierung bei diesem Steuererlasse an. Der Abg. Richter hat Unrecht, wenn er annimmt, der ganze Betrag der bewilligten neuen Steuern habe zu Steuererlassen verwendet werden müssen. Die Steuern sind vielmehr zum Bedürfniß des Reiches bewilligt worden. Mit den vom Vorredner vorgeschlagenen Steuerreformplänen können wir uns nicht einverstanden erklären, weil dadurch das beschlossene Gesetz vollständig ignorirt werden würden, weil ferner der Vorschlag weiter geht als die Vorschläge der Regierung, weeil er die Möglichkeit einer Uebertragung der Realsteuern auf die Kommunalverbände nicht zuläßt. Es ist eigentlich richtig, die Mehreinnahmen der Eisenbahnen in einem Reservefonds niederzulegen, wie dies bei der Garantieresolution vorgesehen ist. Aber da das Gesetz noch nicht erlassen ist, und namentlich da bei der großartigen Umgestaltung des Staatsbahnwesens es an jeder Unterlage zur Berechnung fehlt, so verzichte ich vorläufig auf diesen Gedanken und bitte deshalb auch, den Eisenbahnetat einer besonderen Kommission zu überweisen. Dasselbe beantrage ich bezüglich des Etats der indirekten Steuern und des Finanzministeriums. (Beifall rechts.)

Gegen 3 Uhr vertagt das Haus die Berathung bis Sonnabend 11 Uhr.

---

* In der gestrigen Rede des Abg. v. Tiedemann stellen wir nachträglich folgenden Satz richtig: Der Herr Abgeordnete hat nicht gesagt, daß der bis zum Terrorismus getriebenen Parteidisziplin der Polen in der Provinz Posen sich auch die Deutschen evangelischer wie jüdischer Konfession nicht erwehren könnten und sie daher bisher stets der Fahne gefolgt seien, sondern: „Sowie die Verhältnisse bei uns liegen, weiß man diesen Terrorismus auch auf Deutsche, selbst evangelischer und jüdischer Konfession, auszudehnen. Daß die deutschen Ultramontanen stets der polnischen Fahne gefolgt sind, ist eine allgemein bekannte Thatsache und an solchen Ultramontanen giebt es in unserer Provinz etwa 100,000. Ich halte es daher für eine Pflicht deutscher Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß diese Einflüsse mindestens abgeschwächt werden."

Telegraphische Nachrichten.

Elberfeld, 12. November. Wie die „Elberfelder Zeitung" meldet, ist der Regierungspräsident a. D. v. Massenbach (Düsseldorf) heute Morgen gestorben.

Koblenz, 12. November. Der „Koblenzer Zeitung" zufolge hat General v. Göben eine ziemlich ruhige Nacht verbracht. Die Fiebererscheinungen treten heute ermäßigt auf.

München, 11. November. Das Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins für Baiern hat heute auf den Antrag der Regierung über die Beschränkung der Wechselfähigkeit berathen. Dem Antrage des Referenten, Regierungsdirektors Jodlbauer gemäß wurde eine Resolution angenommen, in welcher ausgesprochen wird, daß den Bauern der Gebrauch des Wechsels durchaus zu widerrathen, nicht aber zu verbieten sei. Von Jodlbauer wurde ferner der Vorschlag gemacht, daß nicht die Geldleiher, sondern die Geldverleiher gewissen Einsch änkungen unterliegen sollen, wie in Baiern die Pfandverleiher.r

Pest, 11. November. In der Sitzung der österreichischen Delegation wurde die Uebereinstimmung der Beschlüsse beider Delegationen hinsichtlich des Budgets des Finanzministeriums, des obersten Rechnungshofes, der Zollgefälle und der Kriegsmarine ferner in Betreff der Schlußrechnung pro 1878 konstatirt.

In der ungarischen Delegation erklärte v. Kallay in seiner Antwort auf die bekannte Interpellation des Abg. Falk, betreffend die gegen den berliner Vertrag verstoßende Behandlung der Muhamedaner seitens Montenegro's, in Spuz und Podgorißa seien nicht vierzig, sondern nur zwölf Muhamedaner von den Montenegrinern aus Verdacht auf einen von ihnen im Interesse der albanesischen Liga geplanten Aufstand gefangen genommen worden. Sechs von diesen Gefangenen seien zum Tode verurtheilt worden, der Fürst von Montenegro habe aber das Urtheil nicht nur gemildert, sondern auch gelegentlich der Uebergabe Dulcignos eine allgemeine Amnestie versprochen. Die in Folge der Verwendung der österreichisch-ungarischen Regierung von den Botschaftern zu Konstantinopel festgestellte Formel, mittelst welcher Religion nnd Eigenthum der katholischen Albanesen durch die Großmächte garantirt werden, dürfte seinerzeit in das Dokument aufgenommen werden, in welchem die Mächte die Uebergabe Dulcignos sanktioniren.

Agram, 11. Nov. Während der Verlesung des Protokolls in der heutigen Sitzung des Landtages fand abermals ein Erdstoß statt, welcher stärker war als alle vorhergegangenen. Alles flüchtete; das Protokoll konnte nur mit Noth authentizirt werden. Der Landtag ist vertagt worden.

Linz, 11. November. Die oberösterreichischen Grundbesitzer haben mit 57 gegen 50 Stimmen die konservativen Kandidaten, Grafen Dürkheim und die Prälaten Moser und Eduard v. Hayden zu Reichsrathsabgeordneten gewählt.

Paris, 12. November. Baudry d'Asson ist gestern Abend um 10 Uhr aus dem Arrestlokale der Kammer entlassen worden.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 12. November, 8 Uhr Morgens

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. redux. in mm.	Wind.		Wetter.		Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	757	SW	5	bedeckt		10
Aberdeen	753	SSW	1	wolkig		7
Christiansund	745	W	7	Regen		6
Kopenhagen	758	SW	2	Nebel		6
Stockholm	758	SSW	2	bedeckt		2
Haparanda	756	still		halb bedeckt		—17
Petersburg	—					
Moskau	766	S	1	halb bedeckt		—9
Cork Queenst.	762	W	3	wolkig		10
Brest	768	WNW	4	bedeckt	1)	12
Helder	760	SW	1	bedeckt		10
Sylt	758	SW	3	Nebel		8
Hamburg	761	SW	5	bedeckt	2)	7
Swinemünde	762	SSW	4	bedeckt		4
Neufahrwasser	766	SSO	2	heiter	3)	—1
Memel	764	SW	4	bedeckt	4)	4
Paris	768	SSW	2	bedeckt		7
Münster	763	SW	4	bedeckt	5)	7
Karlsruhe	768	SW	2	halb bedeckt		3
Wiesbaden	768	SW	1	bedeckt		5
München	768	SW	1	Dunst		3
Leipzig	766	SW	2	Regen		4
Berlin	764	S	1	Regen		5
Wien	769	still		Nebel		—2
Breslau	767	SW	2	heiter	6)	3
Ile d'Aix	769	S	3	bedeckt		8
Nizza	764	NNW	2	wolkig		11
Triest	766	still		bedeckt		10

1) Seegang leicht. 2) Regnerisch. 3) Nachts Reif. 4) Nachts Regen. Seegang mäßig. 5) Gestern und heute regnerisch. 6) Nebel.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe sti die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Das Depressionsgebiet, welches nördlich von Christiansund liegt, hat sich beträchtlich vertieft, während der hohe Luftdruck im Süden wenig verändert ist. Daher sind im südlichen Nordseegebiete die Winde etwas aufgefrischt und hat sich das milde, trübe, vielfach neblige und zu Niederschlägen geeignete Wetter über Nord-Zentral-Europa ausgebreitet. Im Süden ist die Witterung ruhig, vielfach neblig bei normalen Temperatur-Verhältnissen und ohne Niederschläge. Im Nordosten dauert die strenge Kälte fort und auch am Bottnischen Busen ist nach vorübergehender Erwärmung wieder starke Abkühlung eingetreten.

Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1880.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
12. Nachm. 2	756,8	W lebhaft	trübe	+ 6,1
12. Abnds. 10	754,7	SW mäßig	bedeckt	+ 5,3
13. Morgs. 6	751,0	SW lebhaft	bedeckt	+ 5,4

Am 12. Wärme-Maximum + 8°,1 Cels.
= = Wärme-Minimum + 0°,5 =

Wasserstand der Warthe.

Posen, 11. am . November Mittags 2,76 Meter.
= 12. = . „ = 2,74 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Novber. (Schluß-Course.) Fest.

Lond. Wechsel 20,365. Pariser do. 80,50. Wiener do. 172,30. K.-M.-St.-A. 147⅜. Rheinische do. 158⅞. Hess. Ludwigsb. 96⅜. K.-M.-Pr.-Anth. 131¾. Reichsanl. 100½. Reichsbank 140⅞. Darmstb. 151½. Meininger B. 94⅞. Oest.-ung. Bk. 704,50. Kreditaktien*) 241⅞. Silberrente 62⅞. Papierrente 62¼. Goldrente 74¾. Ung. Goldrente 92⅜. 1860er Loose 122. 1864er Loose 310,80. Ung. Staatsl. 214,50. do. Ostb.-Obl. II. 84¼. Böhm. Westbahn 204⅞. Elisabethb. 170. Nordwestb. 153⅞. Galizier 234. Franzosen*) 238½. Lombarden*) 75¾. Italiener —. 1877er Russen 91¾. II. Orientanl. 57¼. Zentr.-Pacific 110⅝. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —.

4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241⅞. Franzosen 238⅞, Galizier 234, ungar. Goldrente 92 3/16, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhm. Westb. —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 12. Novber. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 241½, Franzosen 238¼, Lombarden 76⅝, 1860er Loose 121⅝, Galizier 232⅞, österreich. Goldrente 74⅞, ungarische Goldrente 92 3/16, II. Orientanleihe 57 3/16, österr. Silberrente 62¾, Papierrente 61⅞. III. Orientanl. —, 1877er Russen 91⅝. Meininger Bank —. Geschäftslos.

Wien, 12. November. Abendbörse. Kreditaktien 281,75, Franzosen 277,75, Galizier 271,50, Anglo-Austr. 116,50, Papierrente 72,15, ung. Goldrente 107,35, Lombarden 87,75, österr. Goldrente 87,00, Marknoten 57,95, Napoleons 9,36½, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —,—. Nordbahn —,—. Geschäftslos.

Wien, 12. Novbr. (Schluß-Course.) Die Börse eröffnete fest, schloß in Folge der Berliner Notirungen und Platzverkäufe schwächer.

Papierrente 72,20. Silberrente 73,30. Oesterr. Goldrente 87,10, Ungarische Goldrente 107,40. 1854er Loose 122,00. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 171,75. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämienl. 109,50. Kreditaktien 282,10. Franzosen 277,75. Lombarden 88,00. Galizier 271,50. Kasch.-Oderb. 129,50. Pardubitzer 138,70. Nordwestbahn 179,00. Elisabethbahn 198,20. Nordbahn 2442,50. Oesterreich-ungar. Bank —,—. Türk. Loose —,—. Unionbank 108,80. Anglo-Austr. 117,20. Wiener Bankverein 145,50. Ungar. Kredit —,—, Deutsche Plätze 57,30. Londoner Wechsel 117,30. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 96,90. Napoleons 9,36. Dukaten 5,60. Silber 100,00. Marknoten 57,95. Russische Banknoten 1,18½. Lemberg-Czernowitz 166,70. Kronpr.-Rudolf 163,20. Franz-Josef 172,20.

Paris, 12. Novber. (Schluß-Course.) Bewegt.

3proz. amortisirb. Rente 87,30, 3proz. Rente 85,50, Anleihe de 1872 119,10, Italienische 5 proz. Rente 87,30, Oesterr. Goldrente 74⅝. Ungar. Goldrente 94, Russen de 1877 95⅛, Franzosen 600,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 190,00, Lomb. Prioritäten 271,00, Türken de 1865 10,35, 6proz. rumänische Rente 92.

Credit mobilier 642,00, Spanier exter. 20⅝, do. inter. 19⅞, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 524,00, Societe gen. 582,00, Credit foncier 1335,00, Egypter 329,00, Banque de Paris 1133,00, Banque d'escompte 817,00, Banque hypothecaire 620,00, III. Orientanleihe 59, Türkenloose 31,25. Londoner Wechsel 25,30

Petersburg, 12. November. Wechsel auf London 24 9/32, II. Orient-Anleihe 90¼. III. Orientanleihe 90¼.

Florenz, 12. Novbr. 5 pCt. Italienische Rente 92,00, Gold 21,20.

London, 12. Novber. Consols 99¾, Italienische 5proz. Rente 86½, Lombarden 7½, 3prozent. Lombarden alte —, 3prozent. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 88¼, 5proz. Russen de 1872 87¾, 5proz. Russen de 1873 90, 5proz. Türken de 1865 10¼, 5proz. fundirte Amerikaner 104½, Oesterr. Silberrente —, do. Papierrente —, Ungarische Goldrente 93, Oesterr. Goldrente 73¾, Spanier 20⅞, Egypter 65¼.

Preuß. 4prozent. Consols 99⅞, 4proz. bair. Anleihe 98¾, Türken —, 1873er Russen 90. Platzdiskont 2 pCt.

Newyork, 12. Novbr. (Schlußkurse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½ C. Wechsel auf Paris 5,25⅝. 5pCt. fund. Anleihe 101⅞, 4pCt. fundirte Anleihe von 1877 110¼, Erie-Bahn 43, Central-Pacific 113¾, Newyork Centralbahn 137, Chicago-Eisenbahn 137.

Produkten-Course.

Köln, 12. Novber. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 22,50, fremder loco 23,50, pr. November 22,15, pr. März 22,60. Roggen loco 22,50, pr. November 21,15, pr. März 21,15. Hafer loco 15,00. Rüböl loco 30,00, pr. Oktober —, pr. Mai 29,80.

Hamburg, 12. November. (Getreidemarkt.) Weizen loko fest, auf Termine still. Roggen loko fest, auf Termine still. Weizen per November 202 Br., 201 Gd., per April-Mai 219 Br., 217 Gd. Roggen per November 208 Br., 207 Gd., per April-Mai 201 Br., 199 Gd. Hafer ruhig, Gerste ruhig. Rüböl ruhig, loko 56, per Mai 58. Spiritus matt, per November 50 Br., per Dezember-Januar 50¼ Br., per Januar-Februar 50 Br., pr. April-Mai 50 Br. Kaffee stetig, Umsatz 3000 S. Petroleum befestigt, Standard white loko 10,30 Br., 10,10 Gd., per November 10,10 Gd., per Dezember 10,20 Gd. — Wetter: Regen.

Petersburg, 12. Novber Produktenmarkt. Talg loco 54,00, per August 58,00. Weizen loko 19,00. Roggen loko 15,00. Hafer loko 6,25, Talg loko —,—. Hanf loko 32,00. Leinsaat (9 Pud) loko 17,75. — Wetter: Frost.

Newyork, 11. November. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 5/16. do. in New-Orleans 10¾. Petroleum in Newyork 12 Gd., do. in Philadelphia 12 Gd., rohes Petroleum 6¾, do. Pipe line Certificats — D. 89 C. Mehl 4 D. 60 C. Rother Winterweizen 1 D 21 C. Mais (old mixed) 60 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7⅜. Kaffee (Rio-) 13¼. Schmalz (Marke Wilcox) 9, do. Fairbanks 9. do. Rohe & Brothers 9. Speck (short clear) 8 C. Getreidefracht 5¼.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. November. Wind: SW. Wetter: Milde und feucht. Weizen per 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert., f. weißer Uckerm. — M. ab Bahn bez., gelber 210—219 M. ab Bahn bez., weißb. Poln. — M. ab Bahn bezahlt, per November 214—213½ bez., per Nov.-Dez. 214 bez., per Dez.-Januar — bez., per April-Mai 217½ M. bez., Mai-Juni 219 M. bezahlt. Gekündigt — Ztr. Regulirungspreis — M. — Roggen per 1000 Kilo loko 215—222 M. nach Qualität gefordert, russischer — ab Kahn bez., inländischer 215—220 M. ab Bahn bez., feiner — M. ab Bahn bez., defekt. m. stark. Ausw. — M. ab Bahn bez., per November 217 bis 216½ bez., per November-Dezember 214½—214 bez., per Dezember-Januar 213½—213 bez., per Jan.-Febr. — bez., per April-Mai 207½—208½—207 bez., Mai-Juni 204—204½—203½ bez., per Juni-Juli 198—197½ bez. Gekündigt 4000 Ztr. Regulirungspreis 216½ M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—170 nach Qualität gefordert, russischer 152—157 bez., ost- und westpreußischer 152—158 bez., pommerscher und mecklenburgischer 157 bis 159 bez., schlesischer 154—155 bez., böhmischer 154—159 bez., per November 154½ M., per November-Dezember 150½ M. bez., per April-Mai 155—154½ bez. Gekündigt 1000 Ztr. Regulirungspreis 154½ bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 200—215 M., Futterwaare 185—196 M. — Mais per 1000 Kilo loko 143—147 n. nach Qualität gef., per April-Mai 141 M. bez., per November 143 M., per Dezember 144 M., per Januar 145 M. bez., rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab B. bez. Gekündigt 3000 Ztr. 143 M. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 31,50 bis 30,00 M., 0: 30,00—29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggenmehl inkl. Sack 0: 30,50 bis 29,00 M., 0/1: 29,00 bis 28,00 M., per November 29,15 bez., per November-Dezember 29,15 bez., per Dezember-Januar 29,30 bez., per Januar-Februar 29,40 bez., per Februar-März — M. bezahlt, per April-Mai 29,40 bez., Mai-Juni 29,10 M. bezahlt. Gekündigt — Ztnr. Regulirungspreis — M. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterraps — M. Winterrübsen. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Faß 54,5 M., flüssig — M., mit Faß 54,8 M., November 54,7 bez., per Nov.-Dez. 54,7 bez., per Dez.-Januar 55,0 bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai 57,1 bez., Mai-Juni — bez. Gekündigt 200 Ztr. Regulirungspreis 55,0 M. — Leinöl per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 30,3 bez., November 30,3 bez., per November-Dezember 30,0 bez., per Dezember-Januar 30,0 bez., per Januar — bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bez., per April-Mai — bez. Gekündigt. — Ztr. Regulirungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Faß 58,3 bez., per November 57,5—58,0—57,9 bez., per November-Dezember 57,0—57,3—57,2 bez., per Dezember-Januar — bez., per Januar-Februar — bez., Februar-März — bez., per April-Mai 58,1—58,4—58,3 bez., per Mai-Juni 58,4—58,6—58,5 bez. Gekündigt — Liter. Regulirungspreis — M. bez.

(Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 12 November 1880. [Bericht der Handelskammer.] Weizen: unv., hochbunt und glasig 209—220 Mark, abfall. Qualität 165—190 Mark — Roggen: unverändert, loco inländischer 200—205 Mk., polnischer 175—190 Mark. — Gerste Brauwaare 160—170 M., große 150—160 Mark, kleine 135—145 Mk. — Hafer: loco 140—150 Mark. — Erbsen: Kochwaare 180—195 M. Futterwaare 170—180 Mark — Mais: Rübsen: Raps: ohne Handel. — Spiritus: niedriger, pro 100 Liter à 100pCt. 55—55,60 M. — Rubelcours: 204,50 Mk.

Stettin, 12. November. (An der Börse.) Wetter: Trübe und regnig. + 3 Grad R. Barometer 28, 5. — Wind: SW.

Weizen flau, per 1000 Kilo loko gelber 200—210 M., geringer 180—195 M., weißer 201—212 Mk., per November 212 M. nom., per Frühjahr 215,5—214 M. bez. — Roggen flau, per 1000 Kilo loko inländischer 203—213 M., Russischer 212 M., Libauer 117/8 Pfd. 202 M. tr. cif. Gd., per November 213 M. nom., per November-Dezember — M. bez., per Frühjahr 215,5—214 Mk. bez., per Mai-Juni — M. bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer stille, per 1000 Kilo loko 134—152 M. bez. — Erbsen ohne Handel. — Mais per 1000 Kilo loko 146—147 M. — Winterrübsen per 1000 Kilo loko — M., per April-Mai 258 M. nom. — Rüböl ruhig, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 56,5 M. Br., per November 55 M. Br., per April-Mai 57 M. Br. — Spiritus niedriger, per 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 56,7 M. bez., per November 56,7 M. Br. und Gd., per Novbr.-Dezember 56 M. Br. u. Gd., per Januar-Februar ohne Faß 56,4 M. bez., per Frühjahr 57 M. bez., Br. und Gd. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungspreise: Weizen 212 M., Roggen 213 M., Rüböl 55 M., Spiritus 56,7 M. — Petroleum loko 11,25—11,2 M. transf. bez. Regulirungspreis 11,2 Mark.

(Ostsee-Ztg).

Berlin, 12. Novbr. Obschon von der Wiener Börse sowohl von gestern Abend als auch vom heutigen Frühgeschäft Meldungen vorlagen, die auf eine feste Haltung schließen ließen, so eröffnete doch die hiesige Börse den Verkehr in einer Stimmung, die eher matt genannt werden muß. Verstimmende Momente lagen nicht vor, aber die Geschäftsenthaltung, die Abneigung gegen jede neue Unternehmung war so stark, daß darunter die gesammte Stimmung nothwendigerweise leiden mußte. Für die geringfügigen Rückgänge, welche die Notirungen erfuhren, hat man den technischen Ausdruck: „Die Course bröckeln ab" eingeführt und für den heutigen Vorgang paßt diese Bezeichnung vollständig. Ohne daß das Angebot vermehrter auftrat und ohne daß die Spekulation die bestimmte Absicht verfolgte, die Course zu drücken, büßten dieselben nach und nach geringe Bruchtheile ein; ohne daß das Vertrauen in die günstige Weiterentwickelung der Verhältnisse, welches noch gestern dem Verkehre einen belebteren Schwung verliehen hatte, wesentlich geschwächt erscheinen kann, blieb doch die Börse durchaus abwartend. Die internationalen Spekulationspapiere setzten etwas niedriger ein, hielten sich dann aber unter ganz geringfügigen Schwankungen in dieser einmal angenommenen Höhe. Auch für Lombarden war das Interesse, welches die letzten Tage den Papieren entgegen getragen hatten, vollständig geschwunden. Auf dem Markte für Montanwerthe war die vorherrschende Tendenz ausgesprochen matt. Die Berichte aus den Bergwerksbezirken lauten fortgesetzt recht ungünstig und verschärft wurde der hierdurch hervorgebrachte Eindruck noch durch die jüngsten Glasgower Notirungen, die einen Rückgang der Warrantpreise anzeigteu. Eisenbahnaktien haben heute ebenfalls fast sämmtlich Coursherabsetzungen erfahren und Bankaktien blieben fast ganz geschäftslos. — Ebenso vernachlässigt zeigten sich die der Kapitals-Anlage dienenden Papiere. — Per Ultimo notiren: Franzosen 477,50—78, Lombarden 152, Kredit-Aktien 488—87, Darmstädter Bank 151,60—1,50—52, Diskonto-Kommandit-Antheile 176—6,25, Deutsche Bank 146,75, Laurahütte 115,50—5,10—5,60—5,10, Dortmunder Union 81,60—1,10—1,40. Der Schluß war matt.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12 November 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,80 bz
do. neue 1876	4	99,90 bz
Staats-Anleihe	4	99,90 bz
Staats-Schuldsch.	3½	98,50 bz
Od.-Deichb.-Obl.	4½	
Berl. Stadt-Obl.	4½	103,70 bz
do. do.	3½	94,50 bz
Schldv. d. B. Kfm.	4½	
Pfandbriefe:		
Berliner	5	107,40 bz
do.	4½	102,80 G
Landsch. Central	4	99,25 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	94,00 bz
do. neue	3½	91,50 bz
do.	4	99,40 bz
do. neue	4½	
N. Brandbg. Kred.	4	
Ostpreußische	3½	89,30 G
do.	4	98,80 B
do.	4½	100,60 bz
Pommersche	3½	89,30 bz
do.	4	98,80 bzG
do.	4½	102,20 bz
Posensche, neue	4	99,00 G
Sächsische	4	98,75 B
Schlesische altl.	3½	91,40 G
do. alte A.	4½	
do. neue I.	4	
Westpr. rittersch.	3½	89,90 bz
do.	4	98,90 G
do.	4½	
do. II. Serie	5	
do. neue	4	
do.	4½	102,30 bz
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	99,80 B
Pommersche	4	99,70 bz
Posensche	4	99,30 bz
Preußische	4	99,70 bzB
Rhein- u. Westfäl.	4	100,00 bz
Sächsische	4	100,00 G
Schlesische	4	100,00 G
20-Frankstücke		16,13.5 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,20.5 G
Imperials		
do. 500 Gr.		
Engl. Banknoten		20,39 bz
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		80,50 bz
Oesterr. Banknot.		172,55 bz
do. Silbergulden		
Russ. Noten 100 Rbl		205,25 bz

Deutsche Fonds.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	100,00 bz
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½	149,00 B
Hess. Prsch. a 40 Th.	—	284,50 bz
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,20 bz
do. 35 fl. Oblig.	—	172,75 B
Bair. Präm.-Anl.	4	134,50 G
Braunsch. 20 thl.-L.	—	97,60 bz
Brem. Anl. v. 1874	4	99,30 G
Cöln-Md-Pr.-Anl.	3½	131,90 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	126,00 bzG
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	119,50 bz
do. II Abth.	5	117,90 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,50 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	182,90 bz
Mecklb. Eisenbhanl.	3½	91,70 bz
Meininger Loose	—	26,30 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,00 bz
Oldenburger Loose	3	151,30 bzG
D.-G.-C.-B-Pf 110	5	106,25 bzB
do. do.	4½	101,90 bz
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,10 G
do. do.	4½	101,50 bzG
Mein. Hyp.-Pf.	4½	101,00 G
Nrdd. Grdkr.-H.-A.	5	99,50 B
do. Hyp.-Pfdbr.	5	

Pomm. H.-B. I. 120	5	105,25 G
do. II. IV. 110	5	101,50 bz
Pomm. III. rkz. 100	5	99,30 G
Pr. B.-C.-H.-Br. rz.	5	107,00 G
do. do. 100	5	102,30 bz
do. do. 115	4½	103,00 G
Pr. C.-B.-Pfdbr. kd.	4½	102,90 bz
do. unk. rückz. 110	5	
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	104,00 B
do. do. 110	5	105,00 bzG
Schles. Bod.-Cred.	5	103,70 G
do. do.	4½	103,75 G
Stettiner Nat.-Hyp.	5	101,75 G
do. do.	4½	100,50 bzG
Kruppsche Obligat.	5	107,70 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	
do. do. 1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,25 bzG
Norweger Anleihe	4½	
Newyork. Std.-Anl.	6	123,25 G
Oesterr. Goldrente	4	74,90 bzB
do. Pap.-Rente	4½	62,20 B
do. Silber-Rente	4½	62,90 bz
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	
do. Lott.-A. v. 1860	5	121,80 bz
do. do. v. 1864	—	310,80 bz
Ungar. Goldrente	6	92,50 bz
do. St.-Eisb.-Akt.	5	88,40 bz
do. Loose	—	214,00 B
do. Schatzsch. I.	6	
do. do. kleine	6	
do. do. II.	6	
Italienische Rente	5	
do. Tab.-Oblg.	6	
Rumänier	8	
Finnische Loose	—	49,10 bz
Russ. Centr.-Bod.	5	77,10 G
do Engl. A. 1822	5	87,50 bz
do. do. A. v. 1862	5	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. cons. A. 1871	5	89,90 bzB
do. do. 1872	5	89,90 bzB
do. do. 1873	5	
do. do. 1877	5	91,40 bz
do. do. 1880	4	70,90 bzB
do. Boden-Credit	5	81,25 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	139,70 bzB
do. do. v. 1866	5	136,70 bzB
do. 5. A. Stiegl.	5	
do. 6. do. do.	5	85,50 B
do. Pol. Sch.-Obl.	4	
do. do. kleine	4	
Poln. Pfdbr. III. E.	5	62,40 bzB
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	54,50 B
Türk. Anl. v. 1865	5	
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	24,90 B

***) Wechsel-Course.**

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 3 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	172,20 bz
Wien. öst. Währ. 2 M.	171,25 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	204,35 bz
do. 100 R. 3 M.	201,70 bz
Warschau 100 R. 8 T.	204,75 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bankdiskonto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4½, Hamburg —, Leipzig —, London 2½, Paris 3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Badische Bank	4	107,25 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf	4	38,50 G
Bk. f. Sprit-u. Pr.-H.	4	48,50 bz
Berl. Handels-Ges.	4	100,75 G
do. Kassen-Verein.	4	172,50 bz
Breslauer Disk.-Bk.	4	96,00 bz
Centralbk. f. B.	4	5,50 bzB
Centralbk. f. J. u. H.		
Coburger Credit-B.	4	88,50 bz
Cöln. Wechslerbank	4	95,75 B
Danziger Privatb.	4	112,00 G
Darmstädter Bank	4	151,90 bzB
do. Zettelbank	4	106,50 G
Dessauer Creditb.	4	83,50 G
do. Landesbank	4	117,25 bz
Deutsche Bank	4	146,90 bz
do. Genossensch.	4	115,50 bzG
do. Hyp.-Bank.	4	92,75 B
do. Reichsbank.	4½	146,90 bz
Disconto-Comm.	4	176,40 bz
Geraer Bank	4	89,50 bz
do. Handelsb.	4	56,75 bz
Gothaer Privatbk.	4	102,50 G
do. Grundkredb.	4	90,00 bzG
Hypothek (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	104,00 G
Leipziger Creditb.	4	149,00 G
do. Discontob.	4	103,25 bzG
Magdeb. Privatb.	4	112,50 bz
Mecklb. Bodencred.	fr.	65,00 G
do. Hypoth.-B.	4	78,80 bzG
Meining. Creditbk.	4	94,50 bzG
do. Hypothekenbk.	4	90,50 bzG
Niederlausitzer Bank	4	98,75 G
Norddeutsche Bank	4	168,50 G
Nordd. Grundkredit	4	44,50 G
Oesterr. Kredit	4	
Petersb. Intern. Bk.	4	94,70 bzG
Posen. Landwirthsch	4	72,00 G
Posener Prov.-Bank	4	116,50 G
Posener Spritaktien	4	51,00 bzG
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodenkredit	4	93,75 bzG
do. Centralbdn.	4	130,00 bzB
do. Hyp.-Spielh.	4	98,00 bzG
Produkt.-Handelsbk	4	81,00 B
Sächsische Bank	4	119,75 G
Schaaffhaus. Bankv.	4	92,50 bzG
Schles. Bankverein	4	108,00 G
Südd. Bodenkredit	4	132,25 bzG

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhof.	4	163,50 bzG
Dannenb. Kattun.	4	
Deutsche Baugesf.	4	64,40 B
Dtsch. Eisenb.-Bau	4	4,80 bzG
Dtsch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarckhütte	4	62,25 bzG
Dortmunder Union	4	11,50 G
Egells Masch.-Akt.	4	25,30 G
Erdmannsd. Spinn.	4	32,50 bz
Floraf. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Näh.	4	56,90 B
Gelsenkirch.-Bergw.	4	125,50 G
Georg-Marienhütte	4	91,75 bzG
Hibernia u. Shamr.	4	99,00 bzB
Immobilien (Berl.)	4	80,00 B
Kramsta, Leinen-F.	4	94,50 G
Lauchhammer	4	35,50 B
Laurahütte	4	115,75 bz
Luise Tiefb.-Bergw.	4	63,25 bzG
Magdeburg. Bergw	4	125,00 bzG
Marienhüt. Bergw.	4	71,00 bzB
Menden u. Schw. B.	4	73,00 bz
Oberschl. Eis.-Bed.	4	48,00 bz
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A	4	88,00 B
Phönix B.-A. Lit. B.	4	48,25 bzG
Redenhütte conf.	4	
Rhein.-Nass. Bergw.	4	79,25 G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	23,90 B
Unter den Linden	4	6,00 G
Wöhlert Maschinen	4	68,50 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	29,00 bzG
Altona-Kiel	4	157,10 bz
Bergisch-Märkische	4	116,30 bzG
Berlin-Anhalt	4	122,20 bzG
Berlin-Dresden	4	19,00 bzG
Berlin-Görlitz	4	20,10 bz
Berlin-Hamburg	4	232,00 bzG
Bresl.-Schw.-Frbg	4	110,75 bz
Hall.-Sorau-Guben	4	21,30 bz
Märkisch-Posener	4	27,10 bzG
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Nordhausen-Erfurt	4	28,20 bzG
Oberschl. Lit. A u. C.	3½	202,90 bz
do. Lit. B.	3½	166,00 bzG
Ostpreuß. Südbahn	4	44,50 bz
Rechte Oderuferb.	4	152,70 bz
Rhein-Nahebahn	4	20,70 bzG
Stargard-Posen	4½	102,40 bz
Thüringische	4	177,25 bzG
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,25 bz
do. Lit. C. v. St gar.	4½	104,25 bz
Ludwigsh.-Bexbach	4	202,25 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	96,40 bzB
Weimar-Geraer	4½	49,80 bz
Albrechtsbahn	5	30,90 bz
Amsterd.-Rotterd.	4	128,50 bz
Aussig-Teplitz	4	216,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	101,75 bzG
Brest-Grajewo	5	
Dux-Bodenbach	4	86,50 bzG
Elisabeth-Westbahn	5	85,20 bzG
Kais. Franz Joseph	5	73,60 bzG
Gal. (Karl Ludwig.)	5	117,90 bz
Gotthard-Bahn 80%	6	48,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	55,40 bzG
Lüttich-Limburg	4	12,60 bz
Oestr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	307,25 bz
do. Litt. B.	5	353,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	59,75 bzB
Kronpr. Rud.-Bahn	5	70,25 bzG
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	3⅔	53,40 G
do. Certifikate	4	53,40 G
Russ. Staatsbahn	5	128,90 bz
do. Südwestbahn	5	59,25 bz
Schweizer Unionb.	4	25,60 G
Schweizer Westbahn	4	23,00 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	87,80 bz
Warschau-Wien	4	267,50 bz

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Berlin-Dresden	5	52,80 bzG
Berlin-Görlitzer	5	81,25 bzB
Halle-Sorau-Gub.	5	96,80 bzG
Märkisch-Posen	5	82,10 bzG
Marienb.-Mlawka	5	87,00 G
Münster-Entschede	5	17,50 bz
Nordhausen-Erfurt	5	94,50 bzG
Oberlausitzer	5	47,50 bzG
Oels-Gnesen	5	37,75 bz
Ostpreuß. Südbahn	5	92,40 bz
Posen-Creuzburg	5	70,50 bzG
Rechte Oderuf. Bahn	5	150,00 bzG
Rumänische	5	
Saalbahn	8	
Saal-Unstrutbahn	3	
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	34,80 bzG

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,60 bz
Berlin-Stettin	4½	115,25 bzG
Cöln-Minden	6	147,10 bzG
Magd.-Halberstadt	6	147,10 bzG
Mgd.-Halbst. B. abg.	3½	87,70 G
do. B. unabg.	3½	88,10 G
do. C. do. abg.	5	122,40 bzG
Münster-Hamm	4	
Niederschl.-Märk.	4	99,50 G
Rhein. St. A. abg.	6½	158,90 bz
do. neue 40 proc.	5	152,50 bzG
do. Lit. B. gar.	4	98,80 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	100,50 G
do. do. II.	5	101,25 bz
do. do. III.	5	100,70 G
Berg.-Märkische I.	4½	102,00 G
do. II.	4½	102,00 G
do. III. v. St. g.	3½	91,20 B
do. do. Litt. B.	3½	91,20 B
do. do. Litt. C.	3½	88,50 G
do. IV.	4½	102,00 G
do. V.	4½	102,00 G
do VI.	4½	103,25 G
do. VII.	4½	102,10 G
Aachen-Düsseldf. I.	4	98,50 bzG
do. do. II.	4	98,50 bzG
do. do. III.	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr.	4	
do. do. II.	4½	
do. Dortm.-Soest	4	
do. do. II.	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	102,10 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4½	101,50 bzG
do. do. II.	4	98,50 G
do. do. III.	4½	101,50 G
Berlin-Anhalt I.	4½	102,50 G
do. II.	4½	102,50 G
do. Litt. B.	4½	102,50 G
Berlin-Görlitz	4½	102,25 G
do. do. Litt. B.	4½	101,00 G
Berlin-Hamburg	4	99,25 G
do. do. II.	4½	102,50 bz
do. do. III.	5	
Brl.-Ptsd.-M. A. B.	4	99,60 B
do. do. C.	4	99,60 B
do. do. D.	4½	103,00 B
do. do. E.	4½	101,50 B
Berlin-Stettin I.	4½	
do. do. II.	4	99,50 bzB
do. do. III.	4	99,50 bzB
do. IV. v. St. g.	4½	99,50 bzB
do. VI. do.	4	
do. VII.	4½	
Bresl.-Schw.-Freib.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	
do. do. Litt. H.	4½	101,90 bzG
do. do. Litt. I.	4½	101,90 bzG
do. do. 1876	5	105,50 bz
Cöln-Minden IV.	4	99,50 G
do. do. V.	4	
do. do. VI.	4½	101,40 B
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 B
do. do. C.	4½	
Hannov.-Altenbk. I.	4½	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Märkisch-Posener	4½	102,00 bzG
Magd.-Halberstadt	4½	101,40 B
do. do. de 1865	4½	101,40 B
do. do. de 1873	4½	101,40 B
do. Leipz. A.	4½	102,50 bzG
do. do. B.	4	99,25 bzG
do. Wittenberge	4½	100,75 G
do. do.	3	
Niederschl.-Märk. I.	4	99,25 G
do. II. a 62½ thlr.	4	98,75 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,25 G
do. do. III conv.	4	99,20 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D.	4	
do. E.	3½	91,50 G
do. F.	4½	102,70 G
do. G.	4½	102,20 G
do. H.	4½	102,75 B
do. v. 1869	4½	
do. v. 1873	4	
Oberschles. v. 1874	4½	
Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Nied.-Zwgb.	3½	
do. Starg.-Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	4½	
do. Litt. C.	4½	
Rechte-Oder-Ufer	4½	103,00 G
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	
do. v. 1858, 60	4½	152,00 bzG
do. v. 1862, 64	4½	102,25 B
do. v. 1865	4½	102,25 B
do. 1869, 71, 73	4½	102,25 B
do. v. 1874, 77	4½	102,25 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	102,00 G
do. II. do.	4½	102,00 G
Schlesw.-Holstein	4½	99,50 B
Thüringer I.	4	99,50 B
do. II.	4½	103,50 G
do. III.	4	99,50 B
do. IV.	4½	103,50 G
do. VI.	4½	103,30 bz

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	85,25 bzG
Gal. Karl-Ludwig I.	5	90,10 bz
do. do. II.	5	88,20 bzB
do. do. III.	5	87,50 bzG
do. do. IV.	5	87,20 B
Lemberg-Czernow. I.	5	78,10 bzG
do. II.	5	81,00 bzG
do. III.	5	77,60 G
do. IV.	5	77,00 bzB
Mähr.-Schl. C.-B.	fr.	29,25 bzB
Mainz-Ludwigsh.	5½	
do. do.	3	
Oesterr.-Frz.-Stsb.	3	365,60 bz
do. Ergänzsb.	3	365,00 bzG
Oesterr.-Frz.-Stsb.	5	103,75 bz
do. II. Em.	5	103,75 bz
Oesterr. Nordwest.	5	86,25 bzG
Oest. Nrdwstb. Lit. B	5	85,90 bz
do. Geld-Priorit.	5	
Kaschau-Oderb. gar.	5	74,75 bz
Kronpr. Rud.-Bahn	5	81,90 bzG
do. do. 1869	5	80,25 G
do. do. 1872	5	80,10 G
Rab-Graz Pr.-A.	4	91,00 bzB
Reichenb.-Pardubitz	5	81,00 B
Südösterr. (Lomb.)	3	265,90 bz
do. do. neue	3	265,75 bzG
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	94,60 bzG
Brest-Grajewo	5	86,50 B
Charkow-Asow g.	5	95,50 G
do. in Lstr. a 20 40	5	
Chark.-Krementsch.	5	94,00 B
Jelez-Orel, gar.	5	95,25 bz
Koslow-Woron. gar	5	98,10 bzG
Koslow-Woron, Ob.	5	85,50 G
Kursk-Chark. gar.	5	95,90 B
K.-Chark-As. (Obl.)	5	85,25 G
Kursk-Kiew, gar.	5	99,80 G
Losowo-Sewast.	5	82,00 bzG
Mosko-Rjäsan	5	103,40 B
Mosk.-Smolensk	5	96,90 bz
Schuja-Iwanow.	5	96,75 bz
Warschau-Teresp.	5	96,75 B
do. kleine	5	96,75 B
Warschau-Wien II.	5	103,00 B
do. III.	5	102,60 B
do. IV.	5	101,00 bz
Zarskoe-Selo	5	68,90 B

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel.) in Posen.